

Saale-Beitung.

Elbendbreitigster Jahrgang.

Bezugspreis
Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., anfalls Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse
unter Nr. 6816 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Verlagsort: Halle Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite oder deren
Raum mit 30 Wp., solche aus Halle mit
20 Wp. berechnet und in der Expedition,
von unseren Annoncenstellen und allen
Anzeigen-Expeditoren angenommen.
Bestellen die Seite 75 Wp.
Erhalten wöchentlich fünfmal;
Sonntags und Montags einmal;
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 593.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 19. Dezember

1903.

Politische Wochenchau.

Das Echo des Redebulls Bebel-Bälow ist ver-
lungen — und als wichtiges Ergebnis ringt der Reform-
der Reichslandere nach: „Kein Ausnahmegesetz gegen die
Sozialdemokratie.“ Politische Bewegungen, auch so jäm-
merliche nicht wie die Sozialdemokratie, lassen sich mit Aus-
nahmegelegenheit nicht totschlagen. Sie würden bei dem heutigen
Stand der Anhängen, die über Staat und Zukunfts-
staat bei den sozialdemokratischen Arbeitermassen verstreuen,
auch durchaus nur vorüberdauern auf das ohnehin schon so
unnatürlich gespannte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und
Arbeitnehmer zurückzuführen. Und Veränderungen der sozialen
Gegenstände wünscht auch heute der Unternehmer am aller-
wenigsten. Was die Sozialdemokratie noch so sehr eine
Bevölkerungskategorie absondern wollen von übrigen Völkern
der Staat darf ihr um so weniger auf dem Wege der
Konkolidierung von Klassengegensätzen folgen, wie Aus-
nahmegelegenheit nur immer wieder erfolgreich gebietet werden
wollen, weil von der Zufriedenheit der Arbeiter wesentlich
das Gelingen der deutschen Industrie und des gesamten
Wirtschaftslebens abhängt. Im übrigen hatte Graf Bälow
recht: unter Staatsdemonie und die Mehrheit der bürgerlichen
Gesellschaft steht denn doch zu fest auf dem Boden der Ge-
rechtigkeit und des sozialen Wohlwollens, als daß beide
schon zu dem übertriebenen Mittel der Bekämpfung politischer
Vertrieben mit Gewalt greifen müßten. Der Umkreis
von unten, solange er nur in Worten besteht, darf nicht
mit dem Umkreis von oben verwechselt werden. Auf den
sozialdemokratischen großen Worten werden die Daten noch
lange nicht folgen können. Die Todfeinde des gegen-
wärtigen Staates, wie Bebel die sozialdemokratischen Führer
genannt hat, haben gerade in Dresden selber der bürgerlichen
Gesellschaft, die doch auch noch da ist, den Beweis
geliefert, inwiefern sie zur Herrschaft über sie quali-
fiziert sind.

Andererseits mehren sich infolge der Rede des Reichskanzlers
jene Stimmen, die glauben machen wollen, daß mit Gelegen
gegen die Verbreitung sozialdemokratischer Meinungen vor-
gegangen werden müsse. Sie vergessen, daß der Erfolg in
reiner Scheinerfolg sein würde. Gerade freirechtliche staat-
liche Einrichtungen sind das beste Hindernis, das
in kritischen Zeitaltern die Staatsmaschine in ihren
Fugen zusammenhält, daß sie ungefahrdet in eine ruhigere
Zeit hinübergleitet. Nichts aus der Erfolglosigkeit des
alten Sozialengesetzes hat in dieser Beziehung
der General von Dönhofs wäsk geleistet, der in einer
soeben erschienenen Broschüre: „Nicht Rede aber
Tat gegen die Sozialdemokratie, ein Aus-
nahmegesetz gegen die revolutionäre Sozialdemokratie“ ver-
langt — Abschaffung der geheimen Abstimmung in den
Reichstagswahlen, und Abschaffung der Stichwahlen, Er-
richtung eines Oberhauses neben dem Reichstage, Ein-
führung der Wahlprüfung usw. Einige dieser Geleise zum
Umkreis der von Bismarck geschaffenen Reichsverfassung
würden direkt das Wert des Reichsbaumeisters Lügen
strafen: „Seht Deutschland nur in den Sattel — reiten
wird es schon können.“ Im übrigen sind heute Betrach-
tungen darüber, ob solche Ausnahmegeleise mehr helfen als
schaden, müßig. Denn eine Mehrheit dafür ist im Reichs-
tag noch weniger vorhanden als vor drei Jahren für das
log. Geleise zum Schutze der Arbeiterviertel.

Daß die bestehenden Geleise genügen, zeigt das Königreich
Sachsen, das sich durch scharfe Anwendung der Geleise im
konfessionellen Sinne auszeichnen pflegt. Im Falle eines
Staat der Arbeitslosigkeit ausreißend gegen Streikverweis-
zu schützen. Dieser beklagenswerte Streik hat sich zu
einer Angelegenheit der gesamten deutschen Industrie und
Arbeiterschaft entwickelt. Das Solidaritätsgefühl feiert auf
beiden Seiten mächtige Triumphe. Dennoch müßte sich die
Zahl der Arbeiter, die einerseits den Prinzipienkampf für
ausgeschlossen halten und die Arbeit wieder aufnehmen —
andererseits von auswärts die Gelegenheit zum Arbeiten mit
Begrüde ergreifen. Es arbeiten bereits wieder 1800 Spinner
und Weber — und unter diesen Umständen wäre es ein
frivolos Unterfangen, wollte die Sozialdemokratie die Drohung
der „Leipziger Volksgesinnung“ wahr zu machen versuchen
und die deutsche Arbeiterschaft tatsächlich zum Genera-
lstreik auffordern. Er würde die deutsche Volkswirtschaft
und mit ihr die deutsche Arbeiterschaft, die beide solidarisches
Konkurrenz-Verhältnis auf dem Weltmarkt haben, unge-
eignet machen, wenn die Arbeiter, vernünftig aber nur noch
einmal und unsere heutige Wirtschaftsordnung, an der sich im
wesentlichen nichts ändern kann noch wird, werden,
bedeuten. Und sein Plakat würde nicht nur eine ungeheure
materielle Schädigung der Arbeiter sein, sondern eine
schlimme Schädigung der sozialdemokratischen Arbeiter-
bewegung selbst hinauslaufen. Somit wird der Freund
einer moralischen und materiellen Weiterentwicklung des
Arbeiterstandes gegenüber diesem Gedanken nur zur Be-
sonnenheit raten können. Eine Geleise freilich wird aus dem
Ermittlungsvorgängen auch für die bürgerliche Gesell-
schaft zu geben sein: Die Erbitterung, mit der hier die
harten Kopie über eine Prinzipienfrage aufeinandergeraten
sind, wäre vermuthlich im weitesten Maße vermieden worden,
wenn bereifene Arbeitervertretungen vorhanden wären, die
in genauer Ausprägung und in aller Ruhe mit den Fabri-
kanten verhandeln könnten, ehe man zum Ausrufen greift.
Es ist erfreulich, daß der Reichskanzler sich in dieser Frage der
Deputation nächstsozialdemokratischer Arbeiter

gegenüber entgegenkommend verhalten hat. Mag auch die
Gefahr noch so groß sein, daß in den Gewerkschaften, sobald
sie zu rechtlich anerkannten Organen werden, sozialdemo-
kratische Agitatoren immer mehr das gefähliche Wort gegen die
Unternehmer führen werden — die Frage verdient trotzdem
grade jetzt wieder ernstlich erwogen zu werden im Interesse
des sozialen Friedens. Die Leute, die sich in Dresden außer-
halb unserer Staatsordnung stellen, haben ihrerseits in
völliger Verkennung der Machtverhältnisse des gegenwärtigen
Staates genug dazu beigetragen, daß es mit dieser Frage
zu langsam vorangeht.

Es gibt ja inmitten alles dieses sozialen Habers doch noch
immer übergenug Dinge, die den sozialdemokratischen Ar-
beiter Seite an Seite mit der bürgerlichen Gesellschaft
sehen, an der er mit hunderttausend Fäden hängt, während
alle Theorie, die ihn zum Bürger des Zukunftsstaates
machen möchte, Spinnweben ist. So fand denn auch die
Frage wie die der Handelsbeziehungen zum bri-
tischen Reich die sozialdemokratische Seite an Seite mit
den bürgerlichen Parteien. Herr Bernheim ist selbst
jahrelang in England gewesen und er hat diesmal die Ge-
nossen zu überzeugen vermocht, daß sie genau ebenso an
unserm Handel mit England interessiert sind, wie ihre
„Tatfeinde“, die „verrottete“ bürgerliche Gesellschaft. So
wird der Bundesrat auch ferner die Weißbegünstigung den
jüngeren englischen Kolonien gewähren, die sie uns ge-
währen. Kanada wird er hoffentlich auf dem Wege der
Verhandlung zu überzeugen vermögen, daß wir genau das
Recht auf gleiche Vergünstigungen beanspruchen können, wie
Frankreich, das jetzt gegen den Vertrag mit Deutschland
besser als dieses behandelt wird.

Alle Parteien waren sich in der kurzen Beratung im
Reichstage über die vorläufige Fortsetzung unseres bisherigen
handelspolitischen Verhältnisses zu England darüber klar,
daß Deutschland nicht die englischen Mutterländer oder irgend
andere Kolonie eingeleitet, wenn ein Teil des britischen
Reiches aus gegen das englische Mutterland benachteiligt.
Das wäre ja gerade, was Chamberlains Pläne zur
wirtschaftlichen Einigung Großbritanniens am meisten
feindern könnte: Stärkung des großbritannischen Solidaritäts-
gefühls. Chamberlain macht ohnehin unerwartete Fort-
schritte. Zwei Erklärungen in der Umgebung Londons, bei
denen geradezu ostentativ die Frage: ob Freihandel, ob
Schutzzoll zur Wahlparole gemacht worden war, brachte
den Liberalen keine Verluste, weil sie sich willig mit der
Sache des Freihandels identifiziert hatten. Und Chamber-
lain hat, nachdem er jetzt von seiner Redetournee nach
London zurückgekehrt ist, die Genugtuung, daß eine seiner
bedeutendsten Industriellen und Kaufleute sich unter seiner
Regide zusammengetan hat, um einen Schutzplan aus-
zuarbeiten, der ganz Großbritannien — selbst die Arbeiter
befriedigen soll. Er wird dann zum Schlußstein für die
Parlamentswahlen werden.

Diese Finanzfrage“ läßt der englischen Presse doch immer
noch Zeit genug, sich mit der Kränklichkeit des deutschen
Kaisers, seine ungezügelter als die deutsche Presse, zu
beschäftigen, und daran lange Betrachtungen über die wirt-
schaftliche Stellung Deutschlands und Englands anzuknüpfen
— unbekümmert darum, daß durch den Empfang des
Reichstagspräsidentiums und durch die Teilnahme des
Kaisers an der Hofjagd in Gölde und sein Zusammen-
sein mit dem König Christian von Dänemark, der in Bot-
schäften für die zur Zaisache geordnete volle Wiederherstellung des
Monarchen geleistet ist.

Nicht weniger aber lenken auch die Ergebnisse in
Asien die Aufmerksamkeit der britischen Staatsmänner auf
sich. In Tibet ist den Engländern ihr erster Vorstoß in
unwiderliches Gebiet vollständig gescheitert. Die Schwierig-
keiten, die Rußland in der Handhabe und mit Japan
hat, liegen den Augenblick zu diesem Vorstoß in ein von Rußland
nicht minder beangeregtes Interessengebiet so zu besonders
günstig erscheinen. Rußland kommt dagegen in seinen
Verhandlungen mit Japan nicht voran. Die mit Spannung
erwartete russische Antwort auf die Vorschläge Japans hat
in Tokio ganz und gar nicht befriedigt. Aber man setzt,
der Erhebung der japanischen Gemüter zum Trost, die Ver-
handlungen fort, während man sich ohne Behinnen durch
eine Abteilung japanischer Marine mit Japan gegen
in Molybo auf Korea die japanischen Kaufleute gegen
Gewaltthatigkeiten streifender Kulis selber erfolgreich
gestaltet hat.

Ein hatteres Tempo ist in das parlamentarische Leben
Oesterreichs gekommen, seitdem in Wien Goluchowski sein
Erscheinen über die auswärtige Politik Oesterreichs vorgetragen
hat. Kaiser Franz Josef hat die Delegationen empfangen,
die eben dazu da sind, über die auswärtige Lage und über
die Landesverteidigung der Monarchie zu beraten. Da ver-
dient zum Schluß eine charakteristische Aeußerung Erwähnung,
die beweist, wie man in Oesterreich trotz allen Hasses doch
noch von der alten süddeutschen gemüthlichen Offenherzigkeit
ist. Bei dem Empfang der Delegationen, unter denen sich
beispieltig Nationalitätenkämpfer befinden, sagte der Kaiser
zu dem dalmatinischen Abgeordneten Pianfini: „Sie
lärmen auch überall, hier und in Landtage und überall.“
„Daß Kaiser Franz Josef sich solch patriarchalischen Ton
leihen kann, der in in Norddeutschland sehr viel ab-
genommen werden würde, zeigt, welche Ehrfurcht er bei
allen österreichischen Parteien genießt. Er ist geradezu das
Symbol der österreichischen Reichsempf. W.“

Deutsches Reich.

Ges. und Personalnachrichten.
— Der Kaiser feierte mit der Jagdgesellschaft am 31. Wp
nach dem Schloße zurück. Die Strecke des Kaisers betrug
26 Säuen. Der Kaiser fuhr nach dem Diner im Jagdschloß
am 7. Wp. abends nach dem Jagdschloß und teilte von dort
mittels Sonderzuge nach Hannover ab.
— Der Präsident des Oberlandesgerichts Breslau Wlaffischer
Geheimer Rat Dr. v. Nowakowski ist gestern nach dem „Schloß.
Sta.“ um seinen Abschied am 1. April 1904 eingekommen.

Ein Erlass über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.

Nach dem Gesetze, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen
Betrieben, vom 30. März 1903 ist der Bundesrat ermächtigt,
für eine Uebergangszeit von zwei Jahren nach dem Inkraft-
treten des Gesetzes — dem 1. Januar 1904 — hinsichtlich der
Beschäftigung eigener Kinder in gewissen Berufsklassen Ausnahmen
von den gesetzlichen Einschränkungen der Kinderarbeit zuzulassen.
Der Bundesrat hat nunmehr von dieser Befugnis Gebrauch ge-
macht. Bei dem Erlass des 12. Wp. a. d. S. 1903 in dem
bernen Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht, war, nach der
„Nordd. Allg. Ztg.“, der Gesichtspunkt maßgebend, daß nach
der Absicht des Gesetzes während der Uebergangszeit wirtschaf-
tliche Härten, welche sich aus der unvermittelten Anwendung
der neuen Bestimmungen ergeben könnten, gemildert werden
sollen. Dabei ist jedoch im Hinblick auf die Nachteile, welche
für die Kinder mit der gewerblichen Beschäftigung verbunden
sein können, daran festgehalten worden, daß für die Folge eine
Beschäftigung von Kindern in so jugendlichem Alter, wie es
bisher vielfach üblich war, in gewerblichen Betrieben nicht zu
zulassen ist. Gemauert wurde ein Verbot hinsichtlich der Zu-
lassung von Ausnahmen hinsichtlich der Beschäftigung am frühen
Morgen oder am späten Abend, sowie hinsichtlich der gesetzlich vor-
geschriebenen Ruhepausen anerkannt werden. Die erlassenen Be-
stimmungen betreffen sich daher darauf, eine Ausnahme inso-
fern zu gewähren, als sie für die nächsten beiden Jahre die
Beschäftigung von eigenen Kindern bereits vom vollendeten
achten Jahre an gestattet. Und zwar soll sich diese Er-
laubnis lediglich auf die am 1. Januar 1904
bereits über acht Jahre alten Kinder erstrecken.
Gleichermaßen wird verordnet, daß Kinder, die erst im Laufe der
kommenden zwei Jahre das achte Jahr vollenden, zur Be-
schäftigung herangezogen werden, und daß dann beim Ablauf
der zweijährigen Frist hinsichtlich der Entlassung der unter
zehn Jahre alten Kinder aus der Beschäftigung dieselben
Sonderregelungen zu Tage treten, welche gegenwärtig den Erlass
einer Uebergangsbestimmung notwendig machen. Ferner ist in
Betracht gezogen worden, daß die für die Kinder gesetzlich
festgesetzten Ausnahmen nicht dazu führen dürfen,
daß eine weitere Ausdehnung der Kinderarbeit gegenüber
dem augenblicklich bestehenden Zustande Platz greift.
Die Vorschriften gelten daher bei ausnahmsweise
Beschäftigung der oben näher bezeichneten Kinder unter zehn
Jahren nur mit denjenigen Arbeiten und in denjenigen Be-
trieben, für welche eine solche Beschäftigung nach den angeführten
Ermittlungen hergebragt ist. Endlich ist Sorge dafür ge-
tragen, daß die Kinder nur zu solchen Arbeiten verwendet
werden, die als unbedenklich anzusehen sind. Einer über-
mäßigen Inanspruchnahme der Kinder ist dadurch vorgebeugt,
daß bei der erlassenen Beschäftigung die Zuneigung der Vor-
schritten des Gesetzes über den Ausschluß der Nachtarbeit und
der Arbeit vor dem Vormittagsunterricht sowie über die Ge-
währung von Ruhepausen gefordert worden ist. Demnach
werden die Ausnahmsbestimmungen den Eltern den Uebergang
zu den Einschränkungen, welche ihnen durch die neuen Gesetzes-
bestimmungen auferlegt werden, erleichtern, während zugleich
den Interessenten des Kinderbeschäftigen in ausreichendem Maße
Rechnung getragen ist.

Politisches.

— Der Reichskanzler Graf Bälow soll, einer reichs-
schwäbischen Korrespondenz zufolge, neuerdings abermals
verfügt haben, daß Verlautbarungen amtlicher Art nur im
„Reichsanzeiger“, Nachrichten gabamtlichen Charak-
ters aber nur in der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Welt
Borr.“ zu veröffentlichen seien. Verfügungen dieser Art sind
seitens des Kanzlers schon früher wiederholt ergangen, sie haben
aber, wie gewöhnlich bekannt ist, nicht förmlich viel geküchert.
Es ist auch kaum anzunehmen, daß es ihm je gelungen wird,
den sogenannten „Halböffentlichkeiten“, wie es von den Gegnern der
einigen Ministerien geheißen wird, ein Ende zu bereiten,
solange er nicht jedes sich ergebende Spure mit Energie nachschert.
— Der Gesandte für Peru in Berlin, Herr Toribio
Gans, hat nach der „Post“ seine Demission gegeben.

Wirtschaftliches.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Nach den bisher aus
Neufeland telegraphisch eingetroffenen Nachrichten findet der
neue neuseeländische Differentialzolltarif auf
die vor dem 31. März 1904 eingeführten Waren keine An-
wendung, wenn nachgeliefert wird, daß die Befreiung bis zum
16. November 1903 von Neufeland aus erfolgt ist. Für alle
nach dem 30. Juni 1904 eingeführten Waren, die in dem Zoll
genannt sind, muß auf den Faktoren bezeugt sein, daß sie
bona fide in einem Teile der britischen Fälschung erzeugt oder
fabriziert sind, wenn für sie die Befreiung vom Zollsoll
beansprucht wird.

See- und Flotte.

— Die beschriebenen Transporter der Marine sind
ausgelassen noch teilweise mit dem Infanteriegeschwader Wodell 7184,
teils mit der Fregatenschiß Wodell 71 benannt. Befolndes für
die im Auslande treuenden Schiffe unserer Flotte, die sich nach
dem Vorkommen der Linie Dover-Galitz im Kriegszustande be-

